



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### Schleswig-Holsteinische Unternehmen und Limited

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung zur 15. Tagung um einen Bericht zu der Anwendung der Rechtsform „Non-Resident Limited“ durch Unternehmen in Schleswig-Holstein. Der Bericht soll darstellen:

- die Anzahl der in Schleswig-Holstein als Limited gegründeten Unternehmen seit 2003;
- die Anzahl der Schleswig-Holsteinischen Unternehmen, die seit 2003 von einer anderen Rechtsform in eine Limited gewechselt sind – bitte angeben, welche bisherige Rechtsform die Unternehmen hatten;
- Anzahl der Schleswig-Holsteinischen Unternehmen in der Rechtsform der Limited, die inzwischen in Großbritannien wieder aus dem Register gelöscht wurden;
- die Vorteile einer Unternehmensgründung als Limited;
- die möglichen Risiken und Nachteile einer Limited-Gründung;
- den Sachstand der von der Bundesregierung geplanten Novelle des GmbH-Rechts;
- den möglichen Handlungsbedarf aufgrund dieser Entwicklung aus Sicht der Landesregierung.

**Begründung:**

Im Handelsblatt vom 1. Juni 2006 war zu lesen, dass im Jahr 2005 11.463 deutsche Unternehmen die britische Limited als Rechtsform gewählt haben. Im Jahr 2003 hatte ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes die Gründung von Unternehmen mit ausländischen Rechtsformen auch in Deutschland ermöglicht. Seit dem werben Agenturen für die Nutzung dieser Rechtsform. Vorteile sind das niedrige Haftungskapital von 1,50 €, die einfachen Gründungsformalitäten und die niedrigen Honorare der Consulting-Agenturen. Es wird in manchen Medien sogar von der Flucht aus der GmbH in die Limited gesprochen.

Auf der anderen Seite muss auch ein kleines Unternehmen neben dem Geschäftsführer (Director) auch einen Company Secretary haben, der für das Formelle zuständig ist. Der Jahresbericht und die Bilanz muss die Limited in englischer Sprache und nach englischen Recht zeitnah beim Register hinterlegen.

Der geforderte Bericht soll den Sachstand der Limited-Nutzung in Schleswig-Holstein beleuchten.

Karl-Martin Hentschel  
und Fraktion